

Grüner Zukunftsplan: Update 2012 – Unsere Schwerpunkte

Präambel: Viel erreicht, viel vor!

Der „Grüne Zukunftsplan“ – unser GRÜNES Programm für Nordrhein-Westfalen – ist die Basis der GRÜNEN Erfolge in und für Nordrhein-Westfalen. Schon zur Landtagswahl 2010 haben wir detailliert beschrieben, wie wir Nordrhein-Westfalen ökologischer, demokratischer und sozial gerechter machen wollen. Nach fast zwei Jahren Minderheitsregierung haben wir viel von unserem Programm in die Tat umsetzen können, vieles aber bleibt noch zu tun. Deshalb aktualisieren wir den Zukunftsplan 2010 mit diesem Update: mit neuen Ideen und Projekten, klaren Schwerpunkten und dem Willen, weiterhin Verantwortung für NRW zu übernehmen!

Wie aktuell unser Zukunftsplan noch immer ist, zeigt unser Motto von 2010: Kinder, Klima und Kommunen. Diese drei Themen stehen auch heute noch im Brennpunkt der Landespolitik. Hinzu kommen die Demokratieoffensive für NRW, die wir eingeleitet haben, und eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik als zentrale Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen. Über allem steht für uns die Überzeugung, dass NRW eine starke Zukunft als größtes Bundesland hat – wenn wir mit großem Einsatz Vorreiter in Sachen Energiewende, Gerechtigkeit und Teilhabe bleiben. Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen.

Seit Mai 2010 erneuern wir GRÜNE unser Land ökologisch, demokratisch und sozial. Obwohl die Koalition von GRÜNEN und SPD keine absolute eigene Mehrheit im Landtag hatte, haben wir viele Entwicklungen angestoßen und wichtige Entscheidungen für die Zukunft des Landes getroffen. Nach der Auflösung des Landtages wollen wir stärker werden, um noch gezielter unsere GRÜNEN Ideen in die Tat umzusetzen. Eins jedoch wollen wir nicht ändern: Die neue politische Kultur des Dialogs, den diese rot-grüne Regierung etabliert hat – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden, Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften und den Fraktionen der Opposition, durch die Einladung zur Mitgestaltung und durch transparentere Kommunikation. Beispielhaft dafür stehen die Bildungskonferenz und der darauf aufbauende Schulkonsens oder der breit angelegte Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Klimaschutzplans.

An dieser neuen politischen Kultur wollen wir festhalten. Denn Dialog ist eine große Chance, um die Ideen der Menschen in NRW einzubeziehen in die Politik der Landesregierung. Dazu wollen wir verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen, um Teilhabe und Mitbestimmung zu stärken.

Auch inhaltlich hat sich dieser Kurs gelohnt: Trotz der schwierigen Bedingungen haben wir in nicht einmal zwei Jahren zahlreiche Erfolge erzielt. Wir haben GRÜNE Weichen gestellt - nun wird es Zeit, dass der GRÜNE Zug mit dem Update unseres Zukunftsplans volle Fahrt aufnimmt!

Wir wollen NRW weiter ökologisch erneuern und Vorreiter bei der Energiewende bleiben. Wir wollen die Energiewende für Nordrhein-Westfalen! Das bereits vorgelegte Klimaschutzgesetz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode verabschieden. Und noch immer gilt: Je stärker GRÜNE, desto stärker der Natur- und Umweltschutz. GRÜNE sind auch die Garanten

für eine realistische, belastbare und dabei umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur. Die grüne industrielle Revolution, der Green New Deal, muss weitergehen. Nur sie garantiert einen erfolgreichen Umbau unseres Industrielandes mit neuen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, nachhaltigem Wirtschaftswachstum und lebenswerten Städten und Gemeinden.

Wir wollen weiter gute Bildung und gleiche Chancen für alle Kinder schaffen. Wir haben die jahrzehntelangen Grabenkämpfe um die richtige Schulstruktur beendet. Der Schulkonsens trägt eine GRÜNE Handschrift: Er fördert das längere gemeinsame Lernen und stärkt die kommunale Schulentwicklung. Noch niemals zuvor sind in Nordrhein-Westfalen so viele Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gegründet worden wie in diesem Jahr: Sekundarschulen und Gesamtschulen erleben einen Boom, den GRÜNE Politik ausgelöst hat. Wir haben zudem die unsozialen Studiengebühren abgeschafft und viel Geld in den Ausbau und die Qualität der Kitas investiert. Wir brauchen starke GRÜNE Bildungspolitik, damit das längere gemeinsame Lernen und der Ganzttag weiter ausgebaut werden. Damit wollen wir den Aufstieg durch Bildung möglich machen, unabhängig von der sozialen Herkunft oder von Migrationsgeschichte. Außerdem brauchen wir eine Bildungspolitik, die klug, vorausschauend und dialogorientiert das Menschenrecht auf Inklusion für Kinder mit und ohne Handicap umsetzt.

Wir wollen weiter die Städte und Gemeinden stärken. Noch nie hat eine Landesregierung die Kommunen so intensiv finanziell unterstützt. Denn: Nur Reiche können sich arme Städte und Gemeinden leisten. Wir helfen den besonders notleidenden Kommunen mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen. Allerdings können die Kommunen ihre massiven Schulden nur abbauen, wenn endlich auch der Bund Verantwortung übernimmt. Statt mit Steuergeschenken die Einnahmen der Kommunen zu verringern und die Substanz der örtlichen Infrastruktur weiter auszuhöhlen, muss sich der Bund viel stärker an den hohen kommunalen Sozialkosten beteiligen und eine Gemeindefinanzreform einleiten. Außerdem wollen wir den „Solidarpakt Ost“ schrittweise in einen „Bedarfspakt“ umwandeln. Fördermittel sollen nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf in ganz Deutschland verteilt werden.

Wir wollen die soziale Teilhabe weiter ausbauen. Wir haben in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik viel auf den Weg gebracht. Mit unserem Tariftreuegesetz und mit Bundesratsinitiativen sagen wir prekärer Beschäftigung und Niedriglohnjobs den Kampf an. Wir wollen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund an unserer Gesellschaft sorgen. Soziale Teilhabe darf nicht enden, wenn Menschen arm, krank oder pflegebedürftig sind oder mit einer Behinderung leben. Wir wollen die Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen. Wir müssen unsere sozialen Versorgungssysteme neu ausrichten: hin zu einer Daseinsvorsorge, die die demografische Entwicklung berücksichtigt und in der die Menschen und ihr Selbstbestimmungsrecht im Mittelpunkt des Handelns stehen.

Wir wollen unsere Demokratie stärken. Seit Regierungsantritt haben wir vor allem die direkte Demokratie gestärkt: Die Bürgerinnen und Bürger können bei Bürgerentscheiden über mehr Themen abstimmen, und die Zustimmungsquoren sind niedriger. Wir haben die Stichwahl wieder eingeführt und die Abwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durch die Bürgerschaft ermöglicht. Nun geht es um die weitere Stärkung der Demokratie: Wir wollen Bürger- und Volksbegehren weiter vereinfachen, das Wahlalter auf 16 Jahre absenken sowie digitale Mitsprache und Open Government ausbauen.

Wir wollen weiter den Landeshaushalt konsolidieren. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir im vergangenen und in diesem Jahr weniger Schulden gemacht. Im Haushalt 2012 hatten wir Einsparungen von knapp einer Milliarde Euro vorgesehen. Die eine Opposition warf uns vor „Ihr spart zu wenig“. Die andere Opposition sagte: „Ihr spart zu viel“. Dies zeigt: Wir machen eine Haushaltspolitik des Augenmaßes. Dafür werden wir weiterhin Aufgaben und Ausgaben des Landes NRW kritisch überprüfen. Aber uns ist auch klar: Ohne Bundeshilfe werden sich das Land und die Kommunen nicht aus ihrer dramatischen finanziellen Lage befreien können. Wir brauchen die Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftssteuer; und das „Kooperationsverbot“ bei der Bildung muss weg. Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Da kann es nicht sein, dass der Bund nicht in Bildung investieren darf, beispielsweise durch ein neues Ganztagschulprogramm oder bei der Gestaltung der inklusiven Schule.

NRW braucht stärkere GRÜNE

Wir wollen mit stärkeren GRÜNEN die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der SPD fortsetzen: Für ökologische und soziale Erneuerung und zukunftsfähige Arbeitsplätze – für gute Bildung und soziale Gerechtigkeit– für Demokratie und Mitbestimmung – für handlungsfähige Kommunen und eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Damit nach 2011 auch 2012 als erfolgreiches GRÜNES Jahr in die Geschichte eingeht, werden wir einen kurzen, aber sehr engagierten und kreativen Wahlkampf führen, der auf Inhalte, auf Dialog und Beteiligung setzt. Mit unserer Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann, vielen engagierten Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort und einer motivierten Partei sagen wir:

GRÜN geht weiter!

Green New Deal für NRW

Jahrhundertaufgabe: Klimaschutz und Energiewende

Klimaschutz und beschleunigte Energiewende sind die beiden zentralen Themen, die den notwendigen Umbau des Wirtschaftsstandortes NRW prägen werden. Der Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und das gesamte globale Ökosystem. Ihn zu bekämpfen und den weltweiten Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat das endgültige Aus der Atomkraft in Deutschland eingeleitet. Klimaschutz und endgültiger Ausstieg aus der Atomkraft sind zwei Seiten einer Medaille. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Zum Atomausstieg gehört jedoch ein vollständiger und endgültiger Ausstieg aus der gesamten nuklearen Brennstoffkette. Deshalb wollen wir die Urananreicherungsanlage Gronau rechtssicher beenden. Die Konditionierungsanlage GNS in Duisburg wollen wir außerhalb dicht besiedelter Gebiete verlegen. Zudem lehnen wir sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW ab. Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden – nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist. Wir werden zudem Evakuierungs- und Notfallpläne bezüglich der Uranhexafluorid-Transporte gründlich überprüfen.

Wir müssen Erneuerbare Energien in Verbindung mit hocheffizienten Gas- und Dampfkraftwerken – möglichst in Kraft-Wärme-Kopplung – ausbauen. Hinzu kommen Energieeinsparungen und gesteigerte Energieeffizienz. Die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende kommt viel zu langsam voran. Wir fordern, die Energiewende schneller umzusetzen! Die Förderung der Erneuerbaren Energien ist eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Der Entwurf für eine Novelle des EEG wird diesem Anspruch nicht gerecht. Im Gegenteil: Statt eines ambitionierten Ausbaus der Erneuerbaren Energien bremst die Bundesregierung.

Wir wollen nichts weniger als den Umbau des Energiesystems. Hierzu zählen auch die Ausschöpfung der Potentiale der Energieeinsparung, der Energie- sowie Ressourceneffizienz sowie die Förderung von Innovationen für dezentrale und nachhaltige Energieversorgung. Hinzu kommen der notwendige Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen, vor allen Dingen Erdverkabelung und innovative Lösungen statt neuer Freilandleitungen, sowie entsprechender Speichertechnologien.

Den Energiebedarf durch neue Kohlekraftwerke zu decken, wäre ein Irrweg, der nur den Klimawandel weiter beschleunigen würde. Kohlekraftwerke sind keine Brückentechnologie. Uns ist es wichtig, Mindesteffizienzziele für fossile Kraftwerke festzulegen. CCS ist keine zukunftsweisende Technologie, noch gibt es hier zu viele offensichtliche Gefahren und offene Fragen. Dem Ausstieg aus der Atomkraft muss möglichst bald ein Auslaufen der Kohleverbrennung folgen.

Wir stehen zum Standort NRW. Für ein dicht besiedeltes Flächenland wie NRW, das zugleich Standort der energieintensiven Industrie ist, das als Land der Braun- und Steinkohlekraft-

werke gilt und insofern für über 30 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich zeichnet, ist der Umbau der Industriegesellschaft eine große Herausforderung. Wir sehen dabei die industrielle Struktur unseres Landes nicht als eine Hypothek an, sondern als eine Chance und zugleich als Auftrag, die nötigen grundlegenden Veränderungsprozesse besser zu schaffen als andere. Wir sind davon überzeugt, dass NRW nur ein Industriestandort bleiben wird, wenn wir uns aktiv den ökologischen und klimapolitischen Herausforderungen stellen und einen grundlegenden Umbauprozess in Gang setzen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die EU-Strukturfördermittel anders verwenden. Wir wollen die EU-Strukturfördermittelaus der neuen EU-Finanzierungsperiode ab 2014 in allen Regionen des Landes wirksam für eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaftsstrukturen, den Klimaschutz und die energiepolitische Wende, die bessere Anpassung an den Klimawandel sowie nachhaltigere Strukturen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen einsetzen und mittelbar auch zu einer Reduktion des Flächenverbrauchs beitragen.

NRW hat die besten Voraussetzungen dafür, den Umbau zum neuen Industriestandort von morgen zu schaffen. Dabei wird es unsere Aufgabe sein, diesen Umbau mit den richtigen Ideen und Konzepten immer wieder neu anzustoßen und voranzubringen.

Nachhaltige Wirtschaft für ein starkes Land

NRW ist ein starker Industrie- und Wirtschaftsstandort. Die industrielle Stärke unseres Landes wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, Energie- und Ressourceneffizienz auszubauen und die Öl- und Rohstoffimportkosten zu senken. Die Vorteile von innovativen Clustern wollen wir heben. Produzenten, Zulieferer, Dienstleister und Forschungsstätten müssen in den Regionen aktiv vernetzt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe und Vermarktung wollen wir stärken. Zur wirtschaftlichen Stärke unseres Landes tragen die kleinen und mittleren Unternehmen wesentlich bei. Wir wollen sie mit einem Mittelstandsgesetz unterstützen, das einen Dialog mit der Wirtschaft ermöglicht. Ihre Finanzierung wollen wir durch starke Sparkassen und Genossenschaftsbanken sichern. Die NRW-Bank wollen wir zudem als Förderbank für die nordrhein-westfälische Wirtschaft positionieren, die günstige Finanzierungsbedingungen der öffentlichen Hand weiterreicht an förderwürdige Unternehmen, und dazu ihr Kapitalmarktgeschäft zurückführt.

Die wirtschaftlichen Akteure werden durch unterschiedliche Selbstverwaltungsorgane vertreten. Transparenz stärkt Innovationsfähigkeit, innere Demokratie und schafft Akzeptanz. Dazu soll eine Überarbeitung des Transparenzgesetzes beitragen.

Den wachsenden Sektor der Sozialen und Solidarischen Ökonomie wollen mit einer Landesinitiative stärken. Denn er verbindet soziale und ökologische Ziele mit unternehmerischer Selbständigkeit.

NRW ist sowohl europäisch wie international ein starker Exporteur und Handelspartner. Wir wollen die Stärke unseres Standortes als Exporteur von Dienstleistungen und Waren unterstützen und die Mittel der Außenwirtschaftsförderung zielgerichtet einsetzen. Daher werden wir die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung auf Effizienz und Wirksamkeit überprüfen.

Elemente der nordrhein-westfälischen Energiewende

Mit dem Klimaschutzgesetz Vorreiter werden! Das Klimaschutzgesetz stellt eine politische Leitentscheidung dar. Noch in diesem Jahr wollen wir das Klimaschutzgesetz NRW erneut in den Landtag einbringen. Ebenso werden wir die bereits 2011 mit dem Klimaschutz-Start-Programm eingeleiteten Maßnahmen fortführen. Der für den Klimaschutzplan begonnene Beteiligungsprozess ist der umfangreichste in der deutschen Klima- und Energiepolitik und sollte fortgesetzt werden. Der neu zu erarbeitende Landesentwicklungsplan muss die veränderten Rahmenbedingungen der Energiewende widerspiegeln, den Vorrang von Erneuerbaren Energien vor ineffizienten, fossilen Energieträgern deutlich machen und die Anforderungen des Klimaschutzgesetzes aufnehmen. Wir wollen die Energiewende sozial gestalten, denn Grüne Energie muss für jede und jeden bezahlbar sein. Es ist ein Märchen, dass Strom aus Kohle langfristig günstiger sein wird als die Erneuerbaren Energien. Wir wollen die Energiewende im Einklang mit Natur- und Artenschutz umsetzen.

Erneuerbare Energien zügig ausbauen! Unser Ziel ist der Ausbau der Windenergie auf mindestens 15 Prozent bis zum Jahre 2020. Hier konnten im letzten Jahr mit dem neuen Windenergie-Erlass viele Hürden abgebaut und eine wichtige Weiche gestellt werden. Bei der Wasserkraft wollen wir den Bau modernster Referenz-Wasserkraftanlagen in jedem Regierungsbezirk unterstützen um die Ausbaupotentiale der Wasserkraft in NRW zu nutzen.

Impulse für KWK und Fernwärmenetze setzen! Aufgrund der dichten Siedlungsstruktur ist NRW prädestiniert für den massiven Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). In einer Potentialstudie hat das Land NRW gezeigt, dass so rund 35 Prozent der CO₂-Emissionen und 35 Prozent der Rohstoffe eingespart werden können! Deshalb ist ein Landesförderprogramm zur Kraft-Wärme-Kopplung notwendig. Die Netzbetreiber sollten Fernwärme- und Nahwärmenetze sinnvoll zusammenführen und aufeinander abstimmen. Nordrhein-Westfalen kann hier unternehmerisches Handeln z. B. durch entsprechende Machbarkeitsstudien unterstützen.

Energieverbrauch in Deutschland durch Energieeffizienz und Einsparen reduzieren! Das Land muss hierfür seine Förderung zielgerecht einsetzen. Das gilt gerade für den Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus. Allein auf diesem Weg kann mit energieeffizienten Maschinen bis 2020 der CO₂-Ausstoß um zehn Prozent gemindert werden. Wir haben in NRW mit der Effizienzagentur und der Energieagentur zwei hervorragende Beratungseinrichtungen, denen eine zentrale Aufgabe dabei zukommt.

Emissionen im Wohnbereich senken, Energetischen Gebäudesanierung ausbauen! Ein wesentlicher Hebel zum Klimaschutz und gleichzeitig ein Konjunkturprogramm fürs Handwerk ist die energetische Gebäudesanierung. Ihr Potenzial wird zurzeit allerdings nur unzureichend ausgeschöpft. Um dies zu ändern, müssen wir Mieterinnen und Mietern sowie Vermieterinnen und Vermietern Förderangebote machen, die sich an ihrer Investitionsbereitschaft und ihrem Investitionsvermögen orientieren. Darüber hinaus wollen wir ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf den Weg bringen. Wir wollen Wohnungsbauförderung und Stadtentwicklung weiterentwickeln zu einer integrierten Förderstrategie, die die Quartiere in den Städten und Gemeinden stärkt. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Rücknahme der Kürzungen im Programm Soziale Stadt einsetzen.

Keine Risiken bei der Gewinnung von Erdgas eingehen! Neue Investitionen sollten vor allem in zukunftsweisende und saubere Technologien getätigt werden. Unkonventionelles Erdgas mit giftigen Chemikalien zu suchen und zu gewinnen, halten wir für nicht verantwortbar. Trink- und Grundwasser darf nicht gefährdet werden. Wir unterstützen das Moratorium der Landesregierung, das keine Genehmigungen der umstrittenen Fracking-Technologie zulässt, bis ein Gutachten zu den Risiken vorliegt. Außerdem möchten wir die Transparenz und die öffentliche Beteiligung verbessern. Das alte Bergrecht, das einseitig die Interessen der Unternehmen berücksichtigt, muss zu Gunsten der Umwelt reformiert werden. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

Schutz für Mensch und Umwelt

Mehr Tierschutz in NRW

Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere artgerecht leben dürfen und qualifreie Tierhaltung das oberste Prinzip ist. Das Gesetz, mit dem wir das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände verankern wollen, werden wir umgehend verabschieden. Das Jagd- und Fischereirecht muss nach ökologischen und Tierschutzkriterien ausgerichtet werden.

Verantwortung für Wertvolles Naturerbe NRW

Wir schützen die Natur und die biologische Vielfalt des Lebens. Denn diese globale Überlebensfrage müssen wir auch in NRW beantworten. Dazu muss es uns gelingen, gerade in den Bereichen natürliche Lebensbedingungen zu schaffen, die derzeit besonders "naturfeindlich" geprägt sind. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen gehen vor allem verloren aufgrund des massiven Flächenverbrauchs, der intensiven Agrarindustrie und des naturfernen Ausbaus der Gewässer. Bei der Waldbewirtschaftung wollen wir den erfolgreich begangenen Weg der naturnahen Waldwirtschaft und des Dauerwaldes weiter unterstützen. Die gute Entwicklung der Biodiversität bestätigt unser Vorhaben. Unser Ansatz umfasst gleichzeitig Wasser, Boden und Luft. Dies gilt insbesondere für die Ökologisierung der Land- und Waldwirtschaft, die artgerechte Tierhaltung, die Jagd, die Renaturierung der Gewässer, aber auch für die Stadtökologie in den Ballungsräumen.

Wir wollen das Landschaftsgesetz in ein NRW-Naturschutzgesetz umwandeln. Analog zum nationalen Naturerbe werden wir eine eigene NRW-Struktur bzw. ein eigenes Naturschutzdach entwickeln: „Stiftung Naturerbe NRW“. NRW hat das Potenzial für weitere Nationalparks. So setzen wir uns insbesondere für einen Nationalpark "Senne/Teutoburger Wald" ein. Die britischen Streitkräfte werden sich schon 2020 aus Deutschland zurückziehen. Diese Regionen müssen wir ökologisch und ökonomisch sinnvoll nutzen. Eine Waldstrategie 2050 und ein neues Landeswaldgesetz sind unsere Eckpfeiler für einen naturnahen und gesunden Wald.

Der übergreifende Naturschutz in Wald und Offenland ist eine wesentliche Voraussetzung für den dauerhaften Erhalt der Vielfalt an Arten und Lebensräumen in NRW. Deshalb ist es unser Ziel, dass die Akteure des haupt- und ehrenamtlichen Naturschutzes im Rahmen einer umfassenden Naturschutzförderung auf Augenhöhe mit Land- und Forstwirtschaft zusammen arbeiten.

Wir wollen den drastischen Flächenverbrauch deutlich verringern. Wir müssen beim Abbau von Kies und Sand den Raubbau stoppen. Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen sollen auf bereits bestehenden Gewerbeflächen oder Brachflächen angesiedelt werden. Dazu wollen wir u. a. einen „Kieseuro“ in NRW einführen. Wir wollen Flussauen freihalten, denn Flüsse und Bäche brauchen mehr Raum, um für Tiere und Pflanzen und die gesamte Gewässerökologie neue Lebensräume zu schaffen. Mit dem Bericht „Reine Ruhr“ haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Trinkwasserqualität an der mittleren Ruhr zu verbessern.

Bei der anstehenden Novellierung des Landeswassergesetzes sprechen wir uns für strikte Anforderungen aus, um die Einleitung von Mikroschadstoffen deutlich zu begrenzen. Ebenso wollen wir den Ausbau von Pumpspeicherwerken. Beim Thema Kanal-Funktionsprüfung geht es um einen fairen Ausgleich der Interessen von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern und Gewässerschutz, aber es geht auch um Verlässlichkeit für Kommunen, für Handwerkerinnen und Handwerker und eben auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer.

Grundrecht Gesund Leben

Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen leiden unter den bestehenden Umweltproblemen. Lärm und Schadstoffe machen krank. Die Lebenserwartung der Menschen ist abhängig von ihrem Wohnort – und die Wohnortentscheidung vielfach eine Frage des Geldbeutels. Einkommensschwache Haushalte sind deshalb vermehrt von Lärmbelastungen und Schadstoffemissionen betroffen. Deshalb ist der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Umwelt- und Gesundheitspolitik müssen deshalb Hand in Hand gehen.

Die Menschen erwarten als Kernaufgabe des Staates, dass er sie vor gesundheitlichen Gefahren schützt, ihre Lebensgrundlagen erhält und die richtigen Zukunftsweichen stellt. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz. Wie notwendig dies ist, hat der Envio-PCB-Skandal gezeigt, einer der größten Umwelt- und Arbeitsschutz-Skandale des letzten Jahrzehnts. Auch die Lebensmittelskandale und die schweren Chemie-Störfälle in den vergangenen Jahren zeigen, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist und wir eigenständige, starke und schlagkräftige Umwelt- und Überwachungsbehörden brauchen. Wir haben erreicht, dass 300 Stellen für die Umwelt-Überwachung neu eingerichtet werden.

Wir wollen einen flächendeckenden „Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW“ aufstellen. Dazu gehört, den Zusammenhang zwischen Umweltbelastung und sozialer Benachteiligung systematisch aufzuarbeiten. Die Luftqualität haben wir zusammen mit Bezirksregierungen und Kommunen mit der großen Umweltzone Ruhrgebiet verbessert.

Zum Gesundheitsschutz zählt auch das Zurückdrängen der Müll-Mitverbrennung. Insbesondere wollen wir Ausnahmetatbestände für Mitverbrennungsanlagen streichen, und Grenzwerte auch im Hinblick auf neue Schadstoffe ambitioniert anpassen. NRW wird so eine führende Rolle in der Umweltwirtschaft einnehmen.

Starker Verbraucherschutz

Wir Grünen haben den Verbraucherschutz zu einem zentralen Thema in Nordrhein-Westfalen gemacht: Der Plan gegen Dioxine in Lebens- und Futtermitteln, Untersuchungen zum Missbrauch von Antibiotika in der Hähnchenmast, eine bessere und verlässliche Finanzausstattung für die Verbraucherzentrale und der Bundesratsbeschluss gegen die Abzocke durch unlautere Telefonwerbung sind nur einige Beispiele für unsere Erfolge.

Spätestens die Finanzkrise hat gezeigt: Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor risikoreichen und unseriösen Finanzprodukten und Anlageempfehlungen ist unzureichend. Deshalb wollen wir ihre Rechte weiter ausbauen und Banken und Finanzmakler zu umfassender Transparenz über Produkte, Risiken und Provisionen verpflichten. Eine stärkere staatliche Aufsicht über den gesamten Banken- und Finanzdienstleistungssektor ist im Interesse der Kundinnen und Kunden und seriöser Unternehmen unabdingbar. Auch bei anderen Dienstleistungen, etwa bei Wärme und Strom oder beim Verkehr, müssen wir die Verbraucherrechte ausweiten. Deshalb soll das Verbraucherinformationsgesetz auch für diese Bereiche Anwendung finden und ein „Hygienebarometer“ für mehr Transparenz bei Gaststätten und anderen Lebensmittelbetrieben eingeführt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich rechtzeitig über Gefahren und Risiken, wie sie etwa bei der Pleite des Stromanbieters Teldafax deutlich geworden sind, informieren können.

Wir fordern, dass Kartellbußen und abgeschöpfte Unrechtserlöse gezielt für Verbraucherberatung und Verbraucherschutz eingesetzt werden, statt wie bisher im Bundeshaushalt zu versickern. So wollen wir die Verbraucherzentralen finanziell absichern.

Wir wollen bei den Ladenöffnungszeiten einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Beschäftigten und des Einzelhandels. Aus unserer breiten Online-Beteiligung, an der über 10.000 Menschen teilgenommen haben, leiten wir ab: Unter der Woche keine Veränderungen, an Samstagen Ladenschluss um 20 Uhr und weniger verkaufsoffene Sonntage. Um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für eine Novelle des Gesetzes zu erreichen, sollte die Landesregierung sich durch eine landesweite, repräsentative Umfrage absichern.

Gesunde Lebensmittel

Gesunde, sichere, gentechnikfreie und eindeutig gekennzeichnete Lebensmittel haben für uns oberste Priorität. Gammelfleisch- und Dioxinskandal sowie die über 50 Todesfälle und über 3.800 Erkrankten im Rahmen der EHEC- Krise haben gezeigt, dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind. Durch eine andere Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, die auf regionale Kreisläufe setzt und den Einsatz von Pestiziden, Kunstdünger, Massentierhaltung und zugekauften (Hochleistungs-) Futtermitteln vermeidet, wollen wir die Qualität unserer Nahrungsmittel fördern, den Tierschutz verbessern und unsere Umwelt schützen. Dabei wollen wir die enorme Verschwendung durch massenhaftes Wegwerfen von Lebensmitteln, die allein in Deutschland 11 Millionen Tonnen im Jahr ausmacht, drastisch senken. Gleichzeitig wollen wir dadurch einer bäuerlichen Landwirtschaft, die auf hohe Tierschutz- und Umweltstandards setzt, neue Perspektiven eröffnen und so den Prozess des "Wachsen oder Weichen" stoppen. Denn für uns Grüne ist klar - nachhaltige Landwirtschaft heißt Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Um die Bildung gefährlicher Resistenzen zu verhindern, wollen wir den regelmäßigen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung beenden.

Wir wollen, dass gesundes Essen und Trinken selbstverständlicher Inhalt an jeder Kindertagesstätte, Schule und Hochschule in Nordrhein-Westfalen wird. Schulverpflegung darf steuerlich nicht schlechter gestellt werden als Fastfood. Einrichtungen, die junge Menschen verpflegen, ohne damit Gewinne erzielen zu wollen, möchten wir von der Umsatzsteuer befreien.

Neue Mobilität für alle

Wir sehen in der Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben und einen wichtigen Baustein der Daseinsvorsorge - sowohl in den Städten, als auch in ländlichen Regionen.

Wir wollen den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und die Teilhabe von allen Menschen an dieser Form der Mobilität fördern. Dabei wollen wir Barrieren abbauen - sei es baulicher, informeller oder finanzieller Art und die von uns durchgesetzte Förderung des „Sozialtickets“ fortführen.

Der ÖPNV und die vorhandene Infrastruktur müssen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gesichert und erhalten werden. Land und Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, weil viele Stadtbahntunnel und kommunale Brücken zur Sanierung anstehen. Deswegen darf der Bund nicht, wie von ihm geplant, die dafür notwendigen Mittel reduzieren.

Wir setzen uns energisch dafür ein, dass der RRX als schnelle Verbindung zwischen Dortmund und Köln, die Bahnknoten Köln und Dortmund und der dreigleisige Ausbau zwischen Aachen und Düren realisiert und vom Bund auch finanziert werden. Die Investitionsmittel dürfen nicht nur nach Bayern und Baden-Württemberg fließen.

Für den Straßenbereich gilt für uns auch angesichts knapper Kassen: Der Erhalt von Straßen und Brücken hat Vorrang vor Neubau. Im Autobahnbereich wollen wir uns auf die Beseitigung weniger Engpässe, die Entflechtung von Autobahnknoten, die Nutzung von Seitenstreifen in den Hauptverkehrszeiten und eine bessere Telematik konzentrieren. Die Reparatur der enormen Schäden an Autobahnen und Brücken, die durch LKW zu Stande kommen, wollen wir durch eine wirklich kostendeckende LKW-Maut finanzieren. Diese muss wegen der stark wachsenden Güterverkehrsströme auch dazu dienen, das Bahnnetz lärmarm auszubauen, damit es überhaupt zusätzliche Güterverkehre aufnehmen kann. Deshalb muss die Betuwe-Linie jetzt endlich mit gutem Lärmschutz realisiert werden. Wir benötigen mehr Transport auf den Wasserwegen, dazu braucht es moderne Infrastruktur.

Im Luftverkehr setzen wir uns weiter für Nachtflugverbote mindestens zwischen 23 und 6 Uhr auf den NRW-Flughäfen ein und werden jegliche Subvention aus Landesmitteln unterbinden.

Wir sehen im Radverkehr in der Stadt und auf dem Land auch wegen der E-Bikes große Potenziale. Um diese zu nutzen, müssen mehr Angebote für Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenraum gemacht, mehr Radwege gebaut und auch Radschnellwege zu den Mittel- und Oberzentren angelegt werden, wie dies z. B. in den Niederlanden geschieht. Auch mo-

derne Fahrradabstellanlagen gehören an die Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr und verbessern die so genannte nichtmotorisierte Nahmobilität.

Wir wollen NRW zum Vorreiter für Mobilitätskonzepte machen, die den klassischen ÖPNV, (Elektro-)Leihwagen und (Elektro-)Leihfahrräder verbinden. Eine einzige Mobilitätskarte für alle Verkehrsmittel mit einer guten Vernetzung zu Handy und Internet sollen das Angebot für Nutzerinnen und Nutzer attraktiv machen.

Beste Bildung für NRW

Der Anfang ist gemacht: Bildung wird gerechter und zukunftsfähiger

Bildung bedeutet das Herausbilden einer Persönlichkeit, das Miteinanderlernen, Erziehung zur Demokratie und das Erlernen sozialer Kompetenzen. Gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für Chancengleichheit, Gerechtigkeit, *Partizipation*, Demokratie, sozialen Zusammenhalt, für die persönliche Zukunft und die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Wir denken Bildung nicht von der Institution, sondern vom Menschen her. Bildung ist ein kontinuierlicher Prozess, der mit der Geburt beginnt und bis zum Lebensende dauert. Zentrale Themen sind neben der Struktur eines gerechten und leistungsstarken Bildungssystems die innere Schulentwicklung sowie die Kooperation zwischen den Bildungseinrichtungen und den Familien und weiteren außerschulischen Einrichtungen in regionalen Netzwerken.

Noch immer hängt der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft ab. Auch in NRW sind wir noch weit von Chancengleichheit entfernt. Das kann sich unsere Gesellschaft weder sozial noch volkswirtschaftlich länger leisten.

Wir wollen ein gerechteres und leistungsfähigeres Bildungssystem schaffen. Wir wollen alle Talente fördern und alle Potenziale entwickeln. Wir wissen: Je länger Kinder eine Kindertagesstätte besuchen, desto besser sind ihre späteren Bildungsabschlüsse. Wir wissen: Frühzeitige Differenzierung nach Schulformen entspricht oftmals nicht den Fähigkeiten und Möglichkeiten der Kinder. Wir wissen: Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

In den letzten 18 Monaten hat die Landesregierung wichtige Weichen gestellt und das Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gemacht. Die Elternbeiträge für das letzte Kindergartenjahr und die Studiengebühren wurden abgeschafft. Gleichzeitig wurden die Plätze für die Unter-Dreijährigen ausgeweitet und neue Studienplätze geschaffen. Mit dem Schulkonsens haben wir nach Jahrzehnten scharfer Auseinandersetzung eine zukunftsweisende Grundlage für eine regionale Schulentwicklung gelegt.

Wir haben ideologische Barrieren beiseite geräumt: Verbindliche Grundschulempfehlungen für das Sortieren nach Klasse vier und die Kopfnoten gibt es nicht mehr, das weitere Vorziehen des Einschulungsalters ist gestoppt.

Nach jahrelangem erfolglosen Bemühen ist es uns gelungen, Islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften einzuführen. Damit erfüllen wir das Grundrecht auf Religionsfreiheit. Außerdem leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Integration muslimischer Kinder.

Bei der Inklusion hat sich der Landtag erstmals zur UN-Behindertenrechtskonvention bekannt. Es gibt mehr Stellen im Gemeinsamen Unterricht, und wir sind wichtige Schritte zu einem Inklusionsplan mit wissenschaftlicher Begleitung und im Dialog mit den Beteiligten gegangen.

Mit dem Übergangsmangement Schule-Beruf und dem Ausbildungskonsens schaffen wir neue Perspektiven. Wir haben die Kürzungen bei der Weiterbildung zurückgenommen und eine Weiterbildungskonferenz einberufen. Damit haben wir dem lebensbegleitenden Lernen wieder die richtige Bedeutung beigemessen.

Wir schaffen die Kitas der Zukunft

Immer mehr Eltern und besonders Alleinerziehende brauchen einen Kitaplatz, um nach der Geburt ihres Kindes Familie und Beruf vereinbaren zu können. Da bis 2010 keine Landesmittel in den Krippenausbau geflossen sind, rutschte NRW auf den letzten Platz der bundesweiten Ausbaustatistik. Das ändern wir: Mit insgesamt 680 Millionen Euro Landesmitteln wollen wir bis 2013 gemeinsam mit den Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr erfüllen. Damit wird NRW zu einem kinder- und familienfreundlichen Bundesland.

Unser Ziel ist ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot. Wir finanzieren dauerhaft 3.000 zusätzliche Fachkräfte und haben Familienzentren, Waldkindergärten und Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderung finanziell besser ausgestattet.

Im nächsten Schritt wollen wir ein neues Kita-Gesetz schaffen, das hohe Qualitätsansprüche erfüllt. Dafür sind u. a. ein rechtsverbindlicher Erzieherinnen-Kind-Schlüssel bzw. Erzieher-Kind-Schlüssel und eine Begrenzung der Gruppengrößen notwendig, die es aktuell nicht gibt. Kinder haben ein Recht auf Bildung, Erziehung und Betreuung durch gut ausgebildetes Personal.

Wir brauchen für die Kindertagesbetreuung verbindliche altersgerechte Bildungsziele auf der Basis eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs. Dabei ist der Sprachförderung ein besonderer Stellenwert einzuräumen. Gerade Kitas und Familienzentren mit vielen Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien und in schwierigen Sozialräumen brauchen besondere Unterstützung, um die notwendige individuelle Förderung zu gewährleisten. Dies ist nicht nur ein Gebot der Bildungs- und Chancengerechtigkeit, sondern auch ein individuelles Recht jedes Kindes.

Kein Kind zurücklassen

Jedes vierte Kind in NRW lebt in Armut. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen die Kommunen unterstützen, wenn sie Präventionskonzepte entwickeln und umsetzen. Dazu gehört, die Akteure aus Kita, Schule, Gesundheit und Wohnen zu vernetzen. Die Angebotsstrukturen in den Stadtteilen und familienunterstützende Maßnahmen wie z. B. Familienzentren müssen wir stärken. Kulturelle und sportliche Angebote sollen jedem Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern offen stehen. Vom Bund erwarten wir, dass auch er endlich materielle Armut bekämpft. Viele Kinder und Jugendliche erleiden in ihren Familien unterschiedliche Formen von Gewalt und Vernachlässigung. Daher wollen wir den präventiven Kinderschutz verbessern. Die Vernetzung von Familienhilfe und Kinderförderung mit Jugendhilfe und Gesundheitswesen ist eine wichtige Säule eines ganzheitlichen Bildungssystems.

In einem Land der Chancen für alle Kinder gilt es, die Grundlagen für Chancengleichheit von Geburt an zu legen. Kinder, die gesund aufwachsen, haben ungleich höhere Teilhabechan-

cen. Wir werden alles dafür tun, dass Kinder und Jugendliche in unserem Gesundheitswesen besser unterstützt werden. Dabei müssen nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern in den Blick genommen werden. Wir werden deshalb unsere begonnenen Aktivitäten zur Stärkung gesundheitlicher Präventions- und Hilfeangebote fortsetzen und diese geschlechtergerecht ausgestalten. Wir wollen damit insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erhalten und verbessern sowie Suchtgefahren bekämpfen. Insgesamt gilt es, vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Bildungswesen und Gesundheitshilfe nachhaltig zu verbessern. Nur so können die Grenzen von Strukturen und Systemen überwunden werden.

Chancen für jedes Kind – Schule wird gerecht

Wir wollen leistungsstarke und gerechte Schulen, die Kinder nicht beschämen und zurücklassen, sondern sie ermutigen, in ihrem Selbstbewusstsein stärken und eine neue Lernkultur leben. Voneinander und miteinander lernen – Respekt, Wertschätzung und Beteiligung – prägen die neue Schulkultur: Es ist normal, verschieden zu sein!

Die Qualität von Schule wird wesentlich von Schulklima und Lernkultur bestimmt. Dies schließt die Partizipation von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften ein.

Zu guter Schule gehört innere und äußere Schulentwicklung gleichermaßen. Mit dem Schulkonsens haben wir den Weg frei gemacht für eine gerechtere und zukunftsfähige Schulentwicklungsplanung. Gute Schule wird vor Ort gemacht. Wir haben die Möglichkeiten geschaffen, auch bei rückläufigen Schülerzahlen ein wohnungsnahes Schulangebot zu erhalten und dem Elternwunsch nach längerem gemeinsamem Lernen zu entsprechen. Mit der Sekundarschule kann nun auch dort eine integrierte Schule eingerichtet werden, wo die Schülerzahlen nicht für eine große Schule mit eigener Sekundarstufe II ausreichen. Der Schulkonsens und die verbesserten Gründungsbedingungen für Gesamtschulen haben einen Boom des gemeinsamen Lernens ausgelöst. Nach den zwölf Gemeinschaftsschulen werden im Sommer über 60 neue Schulen an den Start gehen. Der Schulkonsens macht es möglich: Die Energien gehen in die Schulentwicklung und verpuffen nicht mehr in ideologischen Grabenkämpfen.

Eine neue Lernkultur erfordert eine andere Art des Unterrichts. Der Umgang mit der Vielfalt der Kinder und individuelle Förderung müssen deshalb in der Lehrerbildung und Fortbildung zentral berücksichtigt werden, ebenso die Vermittlung diagnostischer Grundkompetenzen sowie interkulturelle und Genderkompetenzen. Sonder- und Sozialpädagoginnen und -pädagogen müssen Teil des Kollegiums werden, die Schulen brauchen regionale und auch landesweite Unterstützungsnetzwerke. Zu einer neuen Lernkultur gehört auch eine neue Feedbackkultur.

Eine andere Lernkultur braucht eine andere Rhythmisierung des Lernens, deshalb werden wir den gebundenen Ganztags an allen Schulformen weiter ausbauen. Zum Ganztags gehört auch ein gutes und gesundes Mittagessen. Wir werden uns verstärkt für entsprechende Qualitätsstandards einsetzen. Kindern aus einkommensschwachen Familien dürfen vom Schulesen nicht ausgeschlossen sein. Die Hilfe des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes ist viel zu bürokratisch. Nur ein Teil des Geldes kommt wirklich bei den Kindern an. Auch darum wollen wir eine Grundgesetzänderung: Bund, Länder und Gemeinden müssen kooperieren in der Bildungsrepublik Deutschland.

Die durch rückläufige Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen wollen wir im System Schule belassen und systematisch für Qualitätsverbesserung und die Umsetzung des Schulkonsenses einsetzen.

Schule ist mehr als Deutsch und Mathe

Der Blick auf das Kind darf nicht länger defizitorientiert sein, sondern muss sich an seinen Potenzialen orientieren. Deshalb wollen wir Mehrsprachigkeit fördern und in ein durchgängiges Sprachförderkonzept integrieren. Kinder brauchen mehr denn je Programme zur Bewegungsförderung. Wir werden die Zusammenarbeit von Schule und Sport weiter fördern.

Die Vermittlung von musisch-künstlerischen Fähigkeiten, sozialer, kommunikativer und emotionaler Kompetenz, Medienkompetenz, Verbraucherbildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung müssen gestärkt werden, damit sich die Kinder und Jugendlichen zu ganzheitlich gebildeten selbstbewussten Persönlichkeiten und selbstständigen Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft entwickeln können.

Wir begreifen Schule als Lern- und Lebensort. Deshalb ist die Förderung der demokratischen Schule eine wichtige Aufgabe. Mit der Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften haben wir die Demokratie in der Schule gestärkt. Schule muss zu einem Lern- und Lebensraum werden, in dem demokratische Grundsätze gelebt und die Schulkultur von allen mitgestaltet werden kann. Darüber hinaus werden wir z. B. die Netzwerke „Schule ohne Rassismus“ und „Schule ohne Homophobie“ weiter unterstützen.

Im Sinne einer global gerechten und nachhaltigen Entwicklung wollen wir die Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ und weitere Leitprojekte im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umsetzen, um globales Lernen in der Bildungsarbeit voran zu bringen. Wir wollen in allen Schulformen „Eine-Welt-Profilschulen“ etablieren.

Inklusion von Anfang an

Wir werden den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung so schnell wie möglich gesetzlich verankern. Wir sorgen für einen verlässlichen Umsetzungsprozess, der allen Beteiligten Sicherheit gibt, niemanden überfordert oder allein lässt. Deshalb werden wir ausreichende personelle Ressourcen bereitstellen, die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer verändern und eine Fortbildungsoffensive voran treiben, damit die Lehrkräfte in die Lage versetzt werden, dem Anspruch der Inklusion gerecht zu werden. Die Aufgabe stellt sich grundsätzlich allen Schulen und Schulformen.

Schulen, die sich als Vorreiterschulen als erstes auf den Weg machen, werden besonders begleitet. Regionale Unterstützungszentren stehen den Schulen beratend und als ergänzende Lernorte zur Seite. Hierin sehen wir die zukünftige Aufgabe von Kompetenzzentren.

Die Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb fordern wir vom Bund, dass er die Kommunen mit Investitionsprogrammen und bei der Finanzierung multiprofessionel-

ler Teams unterstützt. Auch deshalb setzen wir uns für ein Ende des Kooperationsverbots ein.

Außerschulische Bildung in der Kinder und Jugendarbeit

Neben der Schule stellen außerschulische Lernorte einen wichtigen Baustein in der Bildungskette dar und müssen im bisherigen Umfang gesichert bleiben; die Zugänge für Projektträger der freien Träger möchten wir erleichtern. Nur so kann die nonformale Bildung mit den Schwerpunkten geschlechterdifferenzierte Arbeit, Partizipation, Inklusion oder auch Medienkompetenz fortgesetzt werden.

Von der Schule zur Ausbildung – gerechter und effizienter

Zu viele Jugendliche landen in Warteschleifen, weil sie keine entsprechenden Beratungs- und Ausbildungsangebote erhalten. Unser Ziel ist ein gesichertes Ausbildungsangebot für Alle. Hierzu haben wir einen nachhaltigen und systematischen Übergang „Schule-Beruf“ bei der Berufs- und Studienorientierung, Berufsvorbereitung und beim Übergang in Ausbildung bzw. Studium entwickelt. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die noch nicht ausbildungsreifen Jugendlichen. Sie bedürfen individueller und niedrigschwelliger Angebote. Ein Miteinander von Schule und Jugendsozialarbeit unter gleichberechtigter Mitwirkung der Freien Wohlfahrtspflege ist dringend geboten.

Keiner der Ausbildungsberufe in Deutschland kommt heute ohne IT- Grundwissen aus. Soziale Netzwerke, Smartphones und Tablet-PC haben im Leben der meisten Jugendlichen einen hohen Stellenwert. Deshalb ist die Vermittlung von IT-Grundkompetenz und Grundwissen über Datenschutz und Datensicherheit ein unverzichtbarer Bestandteil der Ausbildungsreife. Wir wollen Lehrkräfte sowie Ausbilderinnen und Ausbilder noch besser dafür qualifizieren.

Mitbestimmung und Chancengleichheit an Hochschulen

Wir haben die unsozialen Studiengebühren abgeschafft und vollständig durch Landesmittel kompensiert. Dadurch haben wir für mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit an den Hochschulen gesorgt.

Bereits zum Wintersemester 2011/2012 haben wir an unseren Hochschulen rund 40.000 Studierende mehr aufgenommen als im Vorjahr. Auch in Zeiten des doppelten Abiturjahrgangs an Gymnasien wollen wir dafür sorgen, dass möglichst alle jungen Menschen, die ein Studium aufnehmen möchten, auch einen Studienplatz erhalten. Gegenüber dem Bund werden wir uns deshalb auch weiterhin entschieden für eine Ausweitung des Hochschulpakts einsetzen insbesondere auch für Master-Studienplätze.

Um auch im Studium Hürden abzubauen, wollen wir die Probleme beheben, die mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses aufgetreten sind, z. B. bei der Arbeitsbelastung und Prüfungsorganisation. Entsprechende Korrekturen müssen nach Möglichkeit direkt an den Hochschulen erfolgen. Wo es notwendig ist, werden wir landesweite Regelungen treffen. Wir wollen den Hochschulen die Möglichkeit geben, völlig offene Hochschulen / Open Universities zu werden, wie es sie beispielsweise in den Niederlanden, Großbritannien, Israel, Kanada und dem Bundesland Niedersachsen bereits gibt.

Die 69 Hochschulen, über 50 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und die großen Wissenschaftsdachorganisationen können einen zentralen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in NRW leisten. Wir wollen in einem gemeinsamen Dialog ein Konzept „Nachhaltige Wissenschaft in NRW“ erarbeiten, beispielsweise mit Schwerpunkten in Diversität, Gleichstellung und Familienfreundlichkeit oder in der Forschung zur Energiewende, nachhaltigen Stadtentwicklung und Landwirtschaft.

Wir wollen das Hochschulgesetz novellieren und damit landesweite Regelungen für mehr Mitbestimmung und Partizipation in Arbeit und Studium an den Hochschulen umsetzen. Dazu gehören eine gesetzlich verankerte Frauenquote sowie eine deutliche Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Studierenden und des Mittelbaus. Dies wird beispielsweise durch eine Viertelparität in allen Gremien und durch stärkere Senate erreicht. Die Hochschulräte wollen wir abschaffen.

Wir bekräftigen unsere Forderungen, die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen, nicht-wissenschaftlichen und studentischen Personals zu verbessern. Deshalb wollen wir nach wie vor einen Wissenschaftstarifvertrag. Wir wollen uns für einen bundesweiten Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für zukunftsfähige Personalstrukturen an den Hochschulen einsetzen.

Wir wollen, dass der Bund künftig auch Einrichtungen wie Hochschulen und dauerhafte Aufgaben in der Wissenschaft mitfinanzieren kann, beispielsweise die Fernuniversität Hagen. Insbesondere gilt es, für die ehemalige Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau eine gemeinsame Nachfolgefinanzierung für die nach 2019 auslaufende Kompensation zu regeln. Der Sanierungsstau an NRW-Hochschulen muss behoben werden. Dabei muss eine bessere Energieeffizienz erreicht werden.

Ausbildung für alle

Die Förderung von Maßnahmen im Bereich Jugend und Beruf soll fortgesetzt werden. Auf dem Weg zu einem gesicherten Ausbildungsangebot für alle konnten wir mit einem neuen Übergangsmangement an der Schnittstelle von Schule und Beruf zunächst in sieben Referenzkommunen die Situation angehen. Dieser Weg muss flächendeckend fortgeführt werden.

Soziale Teilhabe in NRW

Gute Arbeit weiter fördern

Arbeitsmarktpolitisch haben wir in parlamentarischen Initiativen und in Bundesratsinitiativen für einen flächendeckenden Mindestlohn, gegen Leiharbeit und gegen den Verlust von regulären Arbeitsplätzen durch eine Ausweitung von Werkverträgen gearbeitet. Mit den Vorschlägen für ein Tariftreuegesetz und einer Arbeitszeitbegrenzung für Minijobs haben wir deutliche Zeichen zur Begrenzung des Niedriglohnssektors gesetzt. Mit der Wiederaufnahme der Förderung der Arbeitslosenzentren haben wir die sozialen Bürgerrechte von erwerbslosen Menschen gestärkt.

Gute Arbeit heißt für uns auch, die Arbeitswelt zu humanisieren. Gesundheits- und Arbeitsschutz in NRW müssen den veränderten Bedingungen der Arbeitswelt und dem wachsenden psychischen Druck entgegenwirken.

Wir haben den Aufbau für eine öffentlich geförderte Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt in NRW vorbereitet und wollen dies in den kommenden Jahren umsetzen. Und das ist dringend notwendig: Trotz leichten Rückgangs sind weiter 745 000 Menschen in NRW arbeitslos gemeldet. 814 000 Bedarfsgemeinschaften sind von Transferleistungen nach dem SGB II abhängig. In dieser Situation hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mittel für die Arbeitsmarktförderung dramatisch gekürzt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung mit der Instrumentenreform die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen deutlich verschlechtert. Damit haben sich die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt für diejenigen, die schwerer vermittelbar sind, dramatisch verschlechtert. Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt sich. Wir beobachten eine Spaltung des Arbeitsmarktes. Immer mehr Menschen können trotz Vollzeitarbeit nicht von ihren Einkünften leben. Wir wollen im Zeitraum bis 2015 aus Mitteln des ESF u. a. modellhafte Ansätze für den sozialen Arbeitsmarkt in NRW fördern. Die Erkenntnisse sollen darüber hinaus auch Grundlage für eine Instrumentenreform auf Bundesebene sein, insbesondere im Hinblick auf einen Passiv-Aktiv-Transfer.

Gesundheit für alle sichern

Eine gute, wohnortnahe, allen Bevölkerungskreisen zugängliche und gleichzeitig bezahlbare Gesundheitsversorgung ist die zentrale gesundheitspolitische Aufgabe der Zukunft. Wir stellen dabei die Menschen in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns und wollen die gesundheitliche Versorgung den verschiedenen Bedürfnissen – etwa von Kindern, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen und der älteren Bevölkerung – weiter anpassen.

Wir haben deshalb gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren in den letzten zwei Jahren darauf hingewirkt, dass insbesondere die gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien verbessert wird. Mit der Landesinitiative „Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ ist hierzu ein erster Schritt getan. Mit dem Verbot der Videoüberwachung in der Psychiatrie haben wir ein deutliches rechts- und gesundheitspolitisches Signal für die Wahrung der Intim- und Persönlichkeitssphäre der Patientinnen und Patienten gesetzt.

Ausgehend vom konkreten Nutzen für die betroffenen Menschen messen wir dem Zusammenwirken von gesundheitserhaltenden, verbessernden und fördernden Angeboten im Lebensumfeld große Bedeutung bei. Die Rahmenbedingungen für die gesundheitliche und medizinische Tätigkeit müssen vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Stadtgebieten verbessert werden. Wir haben bereits das bestehende Programm zur hausärztlichen Versorgung deutlich weiterentwickelt und werden es zukünftig zu einem umfassenden „Programm zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in NRW“ ausbauen.

Mit Nachdruck arbeiten wir daran, dass NRW endlich ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz u. a. mit einem uneingeschränkten Rauchverbot auch in Gaststätten und einen verbesserten Schutz für Kinder- und Jugendliche erhält.

Auch die Förderung für die AIDS-Prävention sowie Drogen- und Suchthilfe haben wir bereits ausgebaut. In einem Aktionsplan zu Drogen und Sucht werden wir die umfangreichen drogenpolitischen Schwerpunkte zu Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung, die wir schon im Grünen Wahlprogramm 2010 beschlossen haben, ausweiten und fortführen.

NRW inklusiv – ein Land für Alle

Wir Grüne stehen für Inklusion, für eine Gesellschaft, die die unterschiedlichsten Bedürfnisse aller im Blick hat. Die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen, ihre Gleichstellung durchzusetzen sowie ihre uneingeschränkte Teilhabe, individuelle Autonomie und Unabhängigkeit zu sichern, sind dabei die zentralen Elemente unserer politischen Zielsetzung. Wir wollen in einem inklusiven Gemeinwesen Menschen mit Behinderungen keinen Lebensweg vorgeben, sondern Selbstbestimmung und individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnen. Dazu gehört auch gendersensible Pflegeassistenz.

Wir verfolgen das Ziel, alle Lebensbereiche der Gesellschaft schrittweise im umfassenden Sinne barrierefrei zu gestalten. Die Überprüfung und Anpassung des Landesrechtes im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention muss fortgesetzt werden. Schwerpunktaufgabe bleibt der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW. Unter gleichberechtigter Beteiligung der Organisationen und Verbände der Menschen mit Behinderung sollen die Maßnahmen des Aktionsplanes umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Wir wollen weiterhin den Aufbau eines inklusiven Arbeitsmarktes verstärken, die Rahmenbedingungen verbessern und den Ausbau von Integrationsprojekten voranbringen.

Selbstbestimmt Leben, gute Pflege und Quartierskonzepte

Quartierskonzepte haben sich zu einem grünen Vorzeigemodell entwickelt. Die Wohnquartiere müssen auf die Bedürfnisse von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen ausgerichtet werden. Das umfasst neben Hilfen, Dienstleistungen und sozialen Kontakten, die im Quartierstützpunkt gebündelt werden, Barrierefreiheit von Wohnen und öffentlichem Leben, Hol- und Bringdienste u. v. m. Mit dem „Masterplan Quartier“ leiten wir eine generationengerechte Gestaltung der Wohnquartiere und einen Paradigmenwechsel ein: Weg von einem weiteren Ausbau von Groß- und Sondereinrichtungen hin zu quartiersbezogenen Wohn- und Pflegearrangements mit Versorgungssicherheit, in denen der Mensch, seine individuellen Bedürfnisse und sein individueller Hilfebedarf im Mittelpunkt stehen. Wir

wollen in der Pflege zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und kultur- und geschlechtersensible Aspekte der Pflege berücksichtigen – auch innerhalb der Ausbildung. Auch damit steigern wir die Qualität in der Pflege.

Die demografische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen wird massive Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen haben. Bis 2050 wird die Zahl der über 65-Jährigen von 3,6 Millionen auf 5,0 Millionen Menschen ansteigen, davon mehr als eine Million pflegebedürftig. Im gleichen Zeitraum sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 8,7 auf 6,6 Millionen Menschen.

Daraus entstehen große Herausforderungen für die Daseinsvorsorge in den Kommunen. Wenn wir heute nicht die Weichen für einen Systemwandel stellen, wird ein Pflege- und Versorgungsnotstand schon morgen nicht aufzuhalten sein. Deswegen müssen wir unsere im Dialog entwickelten Konzepte für Quartiers- und Versorgungsstrukturen auf den Weg bringen.

Eine grüne Stadt für alle

Mit einer eigenen Förderstrategie werden wir dafür sorgen, dass ökologisch modernisierter Wohnraum für alle Schichten der Bevölkerung bezahlbar bleibt und dass innovative Wohnprojekte wie bspw. generationenübergreifende Wohnformen unterstützt werden. Wohnquartiere müssen auch den Ansprüchen nach Klimaneutralität und hoher Baukultur Rechnung tragen. Baugruppen und Genossenschaften können hier wichtige Impulse setzen. Das Passivhaus soll im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung des Landes Standard werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund die Kürzungen der Städtebauförderung zurücknimmt. Den integrierten Ansatz im Programm „Soziale Stadt“ werden wir beibehalten. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, alle Instrumente gegen die Verwahrlosung von Wohnraum, insbesondere durch Private Equity Fonds auf dem Wohnungsmarkt auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

Kulturelle Teilhabe

Teilhabe heißt für uns auch, dass Kunst und Kultur für alle Menschen in NRW in Vielfalt und zu sozial verträglichen Bedingungen erhalten bleiben. Die Rechte und die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler haben wir im Blick. Auch konnten wir seit 2010 vom „Kultur-rucksack“ bis zum „Kulturfördergesetz“ wichtige Akzente setzen. Freie Presse, Filmkultur, Bürgermedienkompetenz und mediale Meinungsvielfalt sind weitere Schwerpunkte grüner Medienpolitik in NRW.

Demokratie und Vielfalt in NRW

Transparenz & Beteiligung: Demokratie im digitalen Zeitalter stärken

Wir setzen uns seit Gründung der Partei dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Grund- und Freiheitsrechte ohne staatliche Kontrolle und Überwachung ausüben können. Eine lebendige Demokratie funktioniert nur durch aktive politische Partizipation, die wir auf allen Ebenen mit unterschiedlichen Angeboten der Mitbestimmung und des Dialogs stärken wollen.

Demokratie ist mehr, als wählen zu gehen. Es gibt Beteiligungsmöglichkeiten durch eine engagierte Zivilgesellschaft vor Ort in Bürgerinitiativen, im Internet oder in kommunalen Vertretungen. Damit diese auch genutzt und mit Leben gefüllt werden können, muss zunächst mehr Informationszugang durch Transparenz und Offenheit geschaffen werden. Wer sich nicht informieren kann, kann auch nicht an ausgewogenen Entscheidungen mitwirken.

Deshalb müssen alle Daten öffentlicher Stellen und Verwaltungen frei zugänglich sein. Dieser Grundsatz findet seine Schranken im Schutz der Persönlichkeitsrechte oder in übergeordneten Sicherheitsinteressen. Um den Open Data-Gedanken in der Breite zu verankern, brauchen wir einen Paradigmenwechsel: Es soll nicht mehr diskutiert werden, welche Daten warum veröffentlicht werden, sondern vielmehr, warum etwas nicht öffentlich zugänglich gemacht werden sollte. Daher treten wir für ein zentrales Open Data-Portal des Landes NRW ein. Daten und Informationen müssen frei nutzbar und zugänglich sein. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW wollen wir zu einem Transparenzgesetz weiterentwickeln und auch hier die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters stärker nutzen. Das heißt die Veröffentlichungspflichten der Behörden müssen durch weitere frei zugänglichen Informationen und Dokumenten ausgeweitet werden. Damit sollen Politik, Regierung und Verwaltung den Open Government-Gedanken stärker Wirklichkeit werden lassen. Diesen Wandel wollen wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen und ihre eigenen Ideen und Verbesserungen für mehr Transparenz und demokratische Teilhabe einbeziehen.

Offenheit heißt für uns auch technische Offenheit. Wir machen uns stark für den Einsatz freier und offener Software auf allen Ebenen öffentlichen Handelns. Der Einsatz offener Standards, Schnittstellen, Formate, Protokolle und freier Lizenzen muss verbindlich sein, um Informationen maschinenlesbar bereitzustellen und damit vollumfänglich für alle nutzbar zu machen.

Um in der Bevölkerung ein breites Verständnis für offene Standards zu wecken, wollen wir Open Education Ressourcen in allen Bildungseinrichtungen fördern. Hierbei handelt es sich um unter freien Lizenzen stehende und in offenen Formaten angebotene hochqualitative Lehr- und Lernmaterialien, die den Lehrenden eine Weiterbearbeitung ermöglichen und den Einsatz zu Hause, in der Schule, auf dem Tablet Computer oder auch online ermöglichen.

Wir stellen uns der Herausforderung, digitale Teilhabe für alle Menschen zu gewährleisten. Wir werden Initiativen zur gesetzlichen Absicherung der Netzneutralität ergreifen und unsere weitere Förderung des Breitbandausbaus daran knüpfen. Damit der Ansatz „Breitband für Alle“, insbesondere auch im ländlichen Raum, endlich Wirklichkeit wird, werden wir umgehend für die entsprechenden gesetzlichen Änderungen für eine Universaldienstverpflichtung

eintreten. Ziel ist 6 MBit/Sekunde bis 2013 zu garantieren und bis 2020 VDSL flächendeckend in allen Haushalten zu gewährleisten. Wir unterstützen den Aufbau eines Netzes von freien öffentlichen WLAN-Hotspots und setzen uns für die Haftungsprivilegierung von Betreiberinnen und Betreibern öffentlicher WLAN-Hotspots ein.

Wir wollen vor allem die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an digitaler Demokratie stärken. Der Zugang zu den Chancen des Internets darf nicht durch Alter, Bildung oder sozialen Status eingeschränkt sein. Wir wollen den kompetenten und selbstbestimmten Umgang mit Computern und dem Internet für alle Generationen fördern. Der selbstbestimmte Umgang mit dem Internet ist gefährdet. Personenbezogene Daten werden zunehmend zur Währung im Internet. Vermeintlich kostenlose Angebote wie Soziale Netzwerke oder Suchmaschinen, die europäisches Datenschutzrecht ignorieren, umfangreiche Konsumenten- und Persönlichkeitsprofile bilden und sie vermarkten, kosten den Preis der informationellen Selbstbestimmung. Wir wollen die Rechte der Datenschutzaufsicht besonders für den nicht öffentlichen Bereich stärken, die Bürgerinnen- und Bürgerrechte ausbauen und setzen uns dafür ein, dass NRW die Initiative der EU für ein wirkungsvolles Datenschutzrecht in der Wirtschaft unterstützt.

Denen, die Datenschutz als Konzept von vorgestern bezeichnen, widersprechen wir entschieden. Ebenso widersprechen wir denen, die ein offenes und freies Internet einschränken wollen. Eine Neuauflage einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung lehnen wir entschieden ab. Sie ist ein massiver Eingriff in unser aller Grundrechte. Von uns wird es deshalb keine Zustimmung zu entsprechenden Initiativen im Bundesrat zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung geben. Wir machen den ausufernden Überwachungsphantasien der Innenminister von CDU und SPD einen Strich durch die Rechnung. Zur Sicherstellung eines freien und offenen Internets sprechen wir uns gegen den Aufbau einer Sperrinfrastruktur aus, was wir durch unseren Kampf gegen den Jugendmedienschutzstaatsvertrag und Netzsperrn im Glücksspielstaatsvertrag im vergangenen Jahr unter Beweis gestellt haben.

In der Verpflichtung die Bürgerinnen- und Bürgerrechte zu achten und zu schützen, kommt der Polizei eine herausgehobene Rolle zu, da sie durch ihre Präsenz und durch die unmittelbare Ausübung staatlicher Gewalt in besonderer Verantwortung steht. Eine föderale, rechtsstaatlich handelnde Polizei ist Garant für den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der Menschen. Dennoch kommt es oft auch zu Konflikten im Umgang miteinander. Eine rechtsstaatlich organisierte Polizei muss sich daher auch offener Kritik stellen. Wir wollen wirksame Mechanismen entwickeln, welche die Ausbildung und Organisation optimieren, Konflikten vorbeugen und Bürgerinnen- und Bürgerrechte gegenüber polizeilichen Maßnahmen stärken.

Direkte Demokratie weiter stärken

Nicht nur durch das Internet wollen wir die Möglichkeit der politischen Teilhabe verbessern. Nachdem wir mit unserer Demokratieoffensive die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt haben, wollen wir kommunale Bürgerbegehren und landesweite Volksbegehren weiter erleichtern. Auch für Volksinitiativen sind die Hürden zu hoch. Die Sammlungsvorschriften müssen erleichtert werden, und eine Volksinitiative darf nicht einfach ins Leere laufen, wenn der Landtag sie ablehnt. Die Unterschriftenhürde für landesweite Volksbegehren von jetzt acht Prozent wollen wir auf zwei Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung

senken. Bisher ist es notwendig rund 1,1 Millionen Unterschriften zu sammeln – für faire Mitbestimmung zu viel. Weil fast alle politischen Entscheidungen Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben, wollen wir auch finanzwirksame Volksbegehren ermöglichen. Und wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Änderungen der Landesverfassung per obligatorischem Referendum das letzte Wort haben.

Wir wollen, um das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren bei der Landtagswahl zu erreichen, die Landesverfassung ändern. Jugendliche sollen mitbestimmen dürfen, wenn es um zentrale Zukunftsthemen geht. Das, was bei Kommunalwahlen erfolgreich funktioniert, muss auch bei den Wahlen zum Landtag möglich sein. Darüber hinaus wollen wir die gesetzliche Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch verschiedene Partizipationsmöglichkeiten mit Leben füllen.

Rassismus und Rechtsextremismus wirksam bekämpfen

Die Gefahr von Rechts wurde zu lange unterschätzt. Das hat die Aufdeckung des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ deutlich gezeigt. Eklatante Fehler machten Angehörige der Opfer zu Täterinnen und Tätern. Die Aufarbeitung der Mordserie muss auch im Landtag weiter erfolgen. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie den Einsatz von V-Leuten.

Dabei setzen wir nicht nur auf eine konsequente Strafverfolgung und auf einen stärkeren Fahndungsdruck sondern insbesondere auch auf Opferschutz und Prävention.

Jeden zweiten Tag wird in NRW ein Mensch Opfer einer rechten Gewalttat; in 2011 wurde mit 190 Gewaltdelikten ein neuer Höchststand rechtsextremer Gewalt festgestellt. Deshalb war es richtig, dass wir spezialisierte Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt eingerichtet haben. Wir wollen das Beratungsangebot für Betroffene von rechter Gewalt verstetigen und sicherstellen, dass neben der bereits eingerichteten Beratungsstelle „Back Up“ für Westfalen eine weitere Beratungsstelle im Rheinland entsteht.

Im Kampf gegen rassistische Einstellungen und rechtsextreme Strukturen brauchen wir eine nachhaltige Strategie, die Kräfte bündelt, Aufgaben verteilt und Synergieeffekte nutzbar macht. Deshalb wollen wir ein umfassendes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus auflegen. Ziele sind hierbei u. a.: Verstetigung und Ausbau der Mobilen Beratungsteams, Projekte gegen Rechts und Diskriminierung im Sport, Stärkung der politischen Bildung und der Forschung im Bereich Rechtsextremismus sowie Unterstützung demokratischer Jugendarbeit. Alle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen auch unter der Genderperspektive betrachtet werden. Für die Umsetzung des Landesprogramms soll eine Koordinierungsstelle in der Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet werden.

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus sind das Herzstück im Kampf gegen die extreme Rechte. Deshalb wollen wir Fördermittel für Projekte und Initiativen vor Ort bereitstellen.

Vielfalt ist unsere Stärke

Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit sind Grundlagen unserer Integrationspolitik. Niemand darf aufgrund seiner Herkunft benachteiligt werden. Wir verstehen kulturelle Vielfalt als Bereicherung und wollen die Potenziale von Eingewanderten besser nutzen. Integration durch Bildung und Sprachförderung wollen wir weiter verbessern. Auf Grundlage unseres neuen Integrationsgesetzes wollen wir in allen kreisfreien Städten und Kreisen kommunale Integrationszentren schaffen. Sie sollen die örtliche Integrationsarbeit koordinieren, konzeptionell weiterentwickeln und gemeinsam mit unseren Bildungseinrichtungen die Voraussetzungen für bessere Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund schaffen.

Deutschland braucht mehr Einwanderung als Baustein zur Fachkräftesicherung und aus demografischen Gründen. Wir wollen z. B. noch mehr ausländische Studierende an unsere Hochschulen holen und deren Bleiberechtigkeitsmöglichkeiten nach Studienabschluss verbessern. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss schnellstmöglich auch landesgesetzlich geregelt werden, damit qualifizierte Zugewanderte endlich in ihren erlernten Berufen arbeiten können. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wollen wir entgegen treten. Ebenso brauchen ausländische Studierende, die aus Staaten mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen, politischen Unruhen oder Naturkatastrophen stammen, besondere Rechtssicherheit.

Der Islam und auch andere Religionen werden nicht durch schöne Worte ein Teil Deutschlands, sondern durch Taten. Wir haben die Einführung islamischen Religionsunterrichts erreicht und wollen den Weg der Gleichstellung fortsetzen z. B. durch die Einrichtung muslimischer Grabstätten sowie muslimischer Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen. Deshalb wollen wir mit den muslimischen Organisationen einen Arbeitsprozess beginnen, an dessen Ende die rechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft steht.

Die politische Teilhabe ist durch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern. Darüber hinaus sind die Regelungen in der Gemeindeordnung zu überprüfen und zu erweitern – Ziel ist es, Partizipation zu gewährleisten.

Über den Bundesrat wollen wir uns für eine bessere Familienzusammenführung einsetzen und die Einbürgerung z. B. durch die doppelte Staatsangehörigkeit erleichtern.

Wir wollen die Landesmaßnahmen zur Integrationsförderung wie z. B. Integrationsagenturen, Antidiskriminierungsbüros und Migrant*innenorganisationen weiterhin unterstützen. Alle vom Land bezuschussten Integrationsmaßnahmen müssen auch Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus offen stehen.

Bürger- und Menschenrechte sind für uns nicht vom deutschen Pass abhängig. Wir sind die Partei, die sich auf allen Ebenen für die Rechte von Menschen einsetzt, die keinen festen Aufenthaltsstatus haben. Daher bleibt unser zentrales Ziel in der Flüchtlingspolitik eine bundesweite wirksame Bleiberechtsregelung, damit den Menschen, die seit vielen Jahren bei uns mit einer so genannten Duldung leben, eine faire Chance für einen dauerhaften Aufenthalt bekommen. Auch wenn die aufenthaltsrechtliche Gesetzgebung auf Bundesebene statt-

findet, wollen und werden wir weiter dafür streiten, dass alle landespolitischen Spielräume für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ausgeschöpft werden.

Menschenunwürdige Abschiebungen wollen wir im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten verhindern. Auch das Recht auf Schutz und Fürsorge für minderjährige unbegleitet eingereiste Flüchtlinge darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein. Hier haben wir in Regierungsverantwortung bereits gehandelt und wollen weiter daran arbeiten, dass es landesweite Standards für die Unterbringung und Betreuung gibt. Es widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen, Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, nur zum Zweck der Abschiebung zu inhaftieren. Wir wollen alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Abschiebehaft zu vermeiden und Alternativen zur Inhaftierung zu entwickeln. Damit die Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus ihre Rechte auch durchsetzen können, brauchen sie Unterstützung. Daher wollen wir die soziale Beratung und Betreuung der Flüchtlinge durch ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen weiter finanziell fördern.

Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten

Geschlechterdemokratie muss weitergehen

Grüne Politik ist Queerpolitik. Wir werden unsere aktive Anti-Diskriminierungspolitik fortsetzen. Minderheitenpolitik bedeutet für uns GRÜNE auch, aktiv in allen Lebensbereichen und Politikfeldern für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender sowie Trans- und Intersexuelle (LSBTTI) gleiche Rechte einzufordern und durchzusetzen. Das gilt nicht nur für die Rechte von Einzelpersonen und Paaren, sondern auch für die Rechte von Regenbogenfamilien. Wir kämpfen weiter für die Öffnung der Ehe.

Dies werden wir im Dialog mit den Initiativen aus dem LSBTTI-Bereich tun. Die engagierte Arbeit der unterschiedlichen Verbände und Initiativen wollen wir weiterhin in ihrer Pluralität unterstützen und ausbauen. Unser Ziel bleibt ein umfassender Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie.

Frauen im Erwerbsleben stärken

Für die berufliche Gleichstellung haben wir Mittel für 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf bereitgestellt, eine Bundesratsinitiative für Frauenquoten in Aufsichtsräten eingebracht und ein Vergabegesetz mit verpflichtender Frauenförderung verabschiedet.

In den landeseigenen und kommunalen Betrieben muss der Frauenanteil auf den Führungsebenen deutlich steigen. Deshalb wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz durchsetzungstärker gestalten. Um das nach wie vor geschlechterstereotype Berufswahlverhalten von Jungen und Mädchen aufzubrechen, werden wir einen Landesaktionsplan zur Berufswahlorientierung starten.

Schutz vor Gewalt

Wir haben bei den Frauenhäusern die vierte Personalstelle wieder eingerichtet und die finanzielle Situation der Frauenberatungsstellen und -notrufe verbessert. Parallel haben wir damit begonnen, einen Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu erarbeiten.

Wir wollen Frauenhäuser und Beratungsstellen auf eine verlässliche Finanzierungsgrundlage stellen, damit jede Frau im Falle von häuslicher und sexualisierter Gewalt unterstützt werden kann. Die Weiterentwicklung der Frauenhäuser, insbesondere auch in Bezug auf die Bedarfe von Gewaltopfern mit Behinderung, wollen wir unterstützen.

Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik

In der Frauengesundheitsversorgung sind wir wichtige Schritte gegangen: Wir haben die Landesfachstelle Frauen und Sucht NRW eingerichtet, werden das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit gründen und haben die Genderperspektive in der Landesgesundheitspolitik verankert.

Wir werden einen Lehrstuhl für Gendermedizin in NRW einrichten, insbesondere um die Forschung zu geschlechtergerechter medizinischer Versorgung zu verbessern. In der Geburtshilfe wollen wir die hohe Kaiserschnitttrate verringern und die Arbeit der Hebammen unterstützen. Wichtig ist uns eine eigenständige Mädchengesundheitspolitik, um das Körperwissen der Mädchen zu stärken, sowie niedrigschwellige, unabhängige Beratungsangebote bereitzustellen.

Im Rahmen der Genderperspektive in der Landesgesundheitspolitik wollen wir zielgenau die speziellen Bedarfe von Männern ermitteln. Wir wollen die Prävention von männertypischen Krankheiten stärken. Dazu wollen wir Aufklärungskampagnen starten und sämtliche Informationen bündeln. Wir setzen uns dafür ein, das Berufsbild des „Männerarztes“ in Ausbildung und Forschung zu stärken und seitens des Landes zu unterstützen.

Grüne Finanzpolitik für NRW

Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit. Dies spiegelt sich in unseren inhaltlichen Schwerpunkten für eine beschleunigte Energiewende und Klimaschutz, mehr und bessere Betreuung, starke und leistungsfähige Kommunen und eine zukunftsorientierte und gerechte Bildungspolitik wider. Für die Sicherstellung all dieser elementaren Forderungen bedarf es einer grundsoliden und zukunftsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik.

Globale Nachhaltigkeit ist von uns von einer seriösen und verantwortungsbewussten Wirtschafts- und Haushaltspolitik nicht zu trennen, deswegen wollen wir die vielfältigen Nachhaltigkeitsaktivitäten aller Akteurinnen und Akteure in einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bündeln.

Schwere Erblast

Als wir vor knapp zwei Jahren die Landesregierung übernommen haben, lag eine schwere Erblast von CDU und FDP auf den öffentlichen Haushalten von Land und Kommunen. Mit einer verfassungswidrigen Neuverschuldung von sechs Milliarden Euro haben CDU und FDP 2010 den Haushalt übergeben. Gleichzeitig ging diese Regierung mit einer mittelfristigen Finanzplanung ins Rennen, die für die Jahre 2010 bis 2012 jeweils neue Schulden von jährlich 6,6 Milliarden Euro vorsah. Damit lag sie jeweils etwa drei Milliarden Euro über der alten Verschuldungsgrenze. Die Konjunkturpakete I und II und das so genannte „Bürgerentlastungsgesetz“ von CDU und SPD kosten NRW jährlich zwei Milliarden Euro. Hinzu kamen Einnahmeausfälle aus dem schwarz-gelben „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in Höhe von jährlich etwa 800 Millionen Euro.

Umsteuern in der Finanzpolitik

Mit Übernahme der Regierung in NRW haben wir die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat und damit das Durchregieren der schwarz-gelben Bundesregierung beendet. Dies hatte selbst in der bisherigen kurzen Regierungszeit durchgreifend positive Wirkung für NRW.

Durch die veränderten Mehrheiten im Bundesrat konnten wir weitere Steuersenkungspläne auf Kosten der Länder und Kommunen in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr verhindern. Außerdem haben wir die Abschaffung der Gewerbesteuer verhindert.

Neue Zeitrechnung für die Kommunen

Als eine der ersten Maßnahmen nach dem Regierungsantritt hat die rot-grüne Landesregierung noch im Jahr 2010 die Gemeindefinanzierung um über 350 Millionen Euro aufgestockt. Die Unterstützung der Kommunen haben wir im Gegensatz zur CDU in den folgenden Jahren fortgesetzt. Wir haben die Grunderwerbsteuer erhöht, den Kommunen den von CDU und FDP gestrichenen Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückgegeben und sie auch bei der Erhöhung beteiligt. Das sind für die Kommunen jetzt jedes Jahr 190 Millionen Euro zusätzlich. Noch in 2011 wurde zudem der Stärkungspakt Stadtfinanzen mit einem Volumen von zunächst 350 Millionen Euro jährlich aufgelegt. Mit einer sinnvollen Gegenfinanzierung wollen wir dieses Programm auch nach der Wahl fortführen und perspektivisch mit einem Volumen von insgesamt mindestens 660 Millionen Euro ausstatten. Für uns ist klar, dass der

Bund sich deutlich stärker an den Soziallasten beteiligen und die Hälfte dieser Kosten übernehmen muss.

Wir haben wichtige Beiträge zur Gesundung der Kommunen – insbesondere in den vom Strukturwandel betroffenen Kommunen – geliefert: die Aufstockung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die stärkere Berücksichtigung der Soziallasten bei der Kommunalfinanzierung und der Stärkungspakt Stadtfinanzen. Wir haben damit gegen den Widerstand von CDU und Linkspartei eine Trendwende bei der Kommunalfinanzierung eingeleitet. Darauf muss jetzt aufgebaut werden.

Eine Milliarde Euro jährlich haben CDU und FDP von 2005 bis 2010 den Städten zwischen Rhein und Weser an Einnahmen entzogen. Die Liquiditätskredite stiegen im selben Zeitraum von zehn auf 20 Milliarden Euro an. Die nun von der CDU erhobene Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Finanzen ist vor dem Hintergrund des über Jahre durchgeführten Raubzugs zynisch und steht im krassen Widerspruch zum eigenen Regierungshandeln.

Neuverschuldung gesenkt, in Zukunft investiert

Schon 2011 haben wir die Neuverschuldung von sechs auf drei Milliarden Euro halbiert. Auch in diesem Jahr konnten wir im Gegensatz zur CDU/FDP-Regierung einen Haushalt vorlegen, der deutlich unter der Verschuldungsobergrenze lag. Trotzdem haben wir wesentliche Zukunftsprojekte eingeleitet:

In der Bildung haben wir die unsozialen Studiengebühren abgeschafft sowie die Zahl der U3-Betreuungsplätze deutlich erhöht. Mit der Finanzierung erster Maßnahmen des Schulkonsenses und dem Ausbau von Ganztags- und gemeinsamem Lernen haben wir darüber hinaus die notwendigen Voraussetzungen für eine gerechtere Bildungspolitik gelegt.

Für die Kommunen konnten wir mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen und einem starken Gemeindefinanzierungsgesetz auch in 2012 wichtige Schritte zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen gehen.

Beim Klimaschutz haben wir mit gezielten Förderprogrammen die Basis für die Energiewende und zahlreiche neue Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand geschaffen.

Unserer ausgewogenen Haushaltspolitik stehen völlig wirklichkeitsfremde Forderungen der Opposition gegenüber. CDU und FDP planen bei einer Regierungsbeteiligung, erneut die Steuern zu Lasten von Ländern und Kommunen zu senken. Sie haben die notwendigen Einnahmen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ebenso wenig mitgetragen wie die ernste Suche nach zusätzlichen Konsolidierungsmöglichkeiten. Auch die Linkspartei hat mit ihren ungedeckten Wunschzetteln von 1,4 Milliarden Euro für den Haushalt 2012 einen haushaltspolitischen Offenbarungseid geleistet. Damit sind die Oppositionsparteien auch in Zukunft nicht zu finanziell solider Regierungsarbeit fähig.

Auch wenn wir die Schuldenbremse seinerzeit kritisiert und abgelehnt haben, gilt sie im Grundgesetz, und wir müssen sie auch in NRW einhalten; doch für eine Nullneuverschuldung spätestens 2020 reichen Sparmaßnahmen alleine nicht aus. Es bedarf daher einer nachhaltigen Finanzpolitik mit Augenmaß und zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten, um den sozialen Frieden sicher zu stellen und die wirtschaftliche Entwicklung in NRW zu forcieren.

Solidarität ist keine Frage der Himmelsrichtung

Es ist angesichts hoher finanzieller Belastungen durch Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und Bevölkerungsschwund nicht zu akzeptieren, dass unsere Städte auf Dauer mit den Solidarleistungen Ost zusätzlich belastet werden. Für diese Aufbauhilfen müssen sie teure und unwirtschaftliche Liquiditätskredite aufnehmen.

Deswegen wollen wir den „Solidarpakt Ost“ schrittweise in einen „Bedarfspakt“ umwandeln. Fördermittel sollen nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf in ganz Deutschland verteilt werden. Gelder für den Hochschulausbau, den Schienenverkehr oder die Soziallastenfinanzierung des Bundes dürfen nicht nach der Parteizugehörigkeit oder regionalen Verankerung des jeweiligen Ministers vergeben werden.

Klarer Kurs der Konsolidierung

Für uns bleibt der Konsolidierungspfad in Richtung auf eine Nullneuerschuldung in 2020 unerlässlich. Auf diesem Weg wollen wir die Kompetenz der Menschen über transparente Haushaltsverfahren mitnehmen. Wir brauchen Veränderungen auf der Einnahmenseite, insbesondere eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftsteuer sowie die Einführung einer effektiven Besteuerung hoher Vermögen. Starke Schultern müssen mehr zum Gemeinwohl beitragen; und vor allem müssen auch die Profiteure des Finanzmarktes die Folgen der Finanzkrise durch eine Finanztransaktionssteuer mit beheben helfen.

Wir werden uns konsequent weiteren Konsolidierungsschritten widmen. Förderprogramme sollen nach Möglichkeit vom Vollkostenzuschuss auf Kreditbasis umgestellt werden. Die Eigenheimförderung muss zu Gunsten von Quartiersentwicklung, Gebäudesanierung und anderen Zukunftsprojekten umgeschichtet werden. Wir wollen ökologische Lenkungsabgaben wie den Kies-Euro einführen und eine qualifizierte Aufgabenkritik, die sich dem Vergleich mit anderen Ländern stellt. Wir wollen das Schuldenmanagement zentralisieren und effektiver gestalten. Bundesländer, die ihren Verpflichtungen für eine ausreichende Steuer- und Betriebsprüfung nicht nachkommen, müssen dafür beim Finanzausgleich sanktioniert werden.

Unkontrollierte Geldausgaben für Leuchtturmprojekte, wie das Landesarchiv in Duisburg, dürfen sich nicht wiederholen. Zudem wollen wir den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu einem modernen und leistungsfähigen Dienstleistungsbetrieb umbauen, um Kosten zu senken, den Gebäudebestand energetisch zu sanieren und zukunftsfähig aufzustellen.

Nicht hinnehmbar sind die Steuersenkungspolitik des Bundes und seine Weigerung, einen höheren Anteil an den Soziallasten zu übernehmen. Wir werden nicht Familien belasten, um Besserverdienende zu entlasten. Wir werden uns sehr genau ansehen, was wir uns leisten können und wir werden dafür sorgen, dass der Staat durch ausreichende Einnahmen handlungsfähig bleibt. Nur der Einklang aus solider, sparsamer und zukunftsgerichteter Politik sichert die Nachhaltigkeit.

Der ausführliche Grüne Zukunftsplan 2010 ist abrufbar unter:

<http://www.gruene-nrw.de/zukunftsplan.html>